

Normen und Praktiken der Territorialität zwischen Wandel und Kontinuität

*Daniel Lambach (Universität Duisburg-Essen)**

Papier für die Vierte Offene Sektionstagung Internationale Politik der DVPW,
Magdeburg, 25.-27. September 2014

Abstract

Territorialität, also die Ausübung von Macht über die Kontrolle von Raum, ist ein grundlegendes Ordnungsprinzip des internationalen Systems, welches so allgegenwärtig ist, dass kaum darüber gesprochen wird. Dies gilt für die Politik ebenso wie für die Politikwissenschaft, die mit Begriffen wie „Entgrenzung“ oder „postnationaler Konstellation“ relativ unreflektiert umgeht und damit einen Wandel herbeiredet, dessen Empirie aber alles andere als eindeutig ist. Überhaupt ist es schwer, Territorialität im analytischen Instrumentenkasten der Internationalen Beziehungen zu verorten – ist es ein Regime, eine Institution, eine Norm oder eine Praxis? Dieses Papier präsentiert eine Konzeptualisierung von Territorialität als eine internalisierte Norm und als eine korrespondierende Praxis. Im Gegensatz zu Regimen und Institutionen, die auf einer bewussten, deliberativen Schöpfung durch Akteure beruhen, ist die Dualität von Norm und Praxis für die Analyse von Territorialität hilfreich. Denn einerseits besteht ganz eindeutig eine Norm, um die es aber aufgrund ihrer Unumstrittenheit keinen aktiven Diskurs gibt. Besser lassen sich die Existenz und der Gehalt der Norm an Praktiken der Territorialität ablesen. Gerade diese sind jedoch in den letzten Jahrzehnten ambivalenter geworden: Während die Staatenwelt als solche vollkommen unangefochten bleibt, haben sich Regulierungsräume in vielen Politikfeldern zunehmend von territorialen Grenzziehungen abgekoppelt.

* Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen, Lotharstr. 65 (LF 324), daniel.lambach@uni-due.de.

1. Einleitung

Wie bereits John Ruggie feststellte, ist Territorialität, also die Ausübung von Macht über die Kontrolle von Raum, ein so grundlegendes und allgegenwärtiges Ordnungsprinzip des internationalen Systems, dass kaum je darüber gesprochen wird: „Some constitutive rules, like exclusive territoriality, are so deeply sedimented or reified that actors no longer think of them as rules at all“ (Ruggie 1998: 873). Die grundsätzlichen Einheiten der Politik entstehen durch die räumliche Abgrenzung von Staaten, aus der grenzüberschreitenden Interaktion dieser Einheiten entstehen die internationalen Beziehungen. Andere Akteure – Internationale Organisationen, NGOs, multinationale Konzerne, transnationale Bewegungen – entstehen nicht durch Territorialherrschaft, sind jedoch über vielfältige Verbindungen mit der raumgebundenen Staatenwelt verflochten. Bereits durch die Namensgebung als „international“, „transnational“, „multinational“ oder „non-gouvernemental“ wird klar, dass diese Akteurskategorien nur durch den Bezug zum räumlich gedachten, souveränen Staat existieren.

Ein räumliches, oder präziser: territoriales, Ordnungsprinzip ist jedoch nicht gottgegeben und auch kein historischer Normalfall (Ferguson/Jones 2002). Herrschaft kann genauso gut über Gruppen von Personen ausgeübt werden (die einer Abstammungslinie, einer Religion o.ä. angehören). Da es keinen Grund zur Annahme gibt, die territoriale Logik der Welt sei Produkt einer unausweichlichen Teleologie, ist dieses Prinzip demnach Veränderungen unterworfen. Derartige Veränderungen finden zumeist in historischen Perioden statt – z.B. in der Ablösung des Personenverbandsstaats durch den Territorialstaat. Aber auch in kürzeren Zeiträumen kann sich Wandel abspielen, auch wenn er sich dann zumeist auf Detailspekte konzentriert, wie z.B. bei der Modifikation des Konzepts staatlicher Souveränität über den Luftraum im Satellitenzeitalter (Beebe 1999).

Offene Debatten über Territorialität sind in der politischen Praxis selten. Auseinandersetzungen über die *Implikationen* von Territorialität finden jedoch andauernd statt, wenn es z.B. um die Regulierung von Handel und Finanztransaktionen, um grenzüberschreitende Umweltprobleme oder die „rechtsfreien Räume“ des Internet geht. Die Sozialwissenschaften sind hier auch nicht viel besser. Zwar spricht die Politikwissenschaft von einer „postnationalen Konstellation“ (Habermas 1998) oder „Entgrenzung“ (Albert 2003), eine eingehendere Beschäftigung mit diesen Konzepten bleibt jedoch zumeist aus. Luutz bezeichnet diese Theorien als „'Gang-und-gäbe-Denkformen' unserer Zeit“ (Luutz 2007: 29) und hebt damit sowohl ihre Verbreitung als auch ihre Unreflektiertheit hervor.¹

¹ Es gibt eine parallele Auseinandersetzung um die Anpassungs- und Steuerungsfähigkeit des souveränen Staates im Zeitalter von Globalisierung und Transnationalisierung. Polemischere Beiträge aus den 1990er Jahren sahen hier bereits das Ende des Staates nahen (Strange 1996, van Creveld 1999), andere sprechen ihm eine Rolle als Kernakteur in Systemen der Global Governance zu (Messner 1998, Pauly/Grande 2005). Wiederum andere betonen eher die Beharrungskräfte des Staates (Mann 1997, Krasner 1999, Schirm 2001) oder stellen allenfalls sektorale Anpassungen staatlicher Souveränität fest (Zürn/Leibfried 2005). In jüngerer Zeit hat diese Debatte jedoch an Dynamik verloren, da sich der Eindruck verfestigt hat, dass der Staat im Zuge verschiedener Krisen (der Asienkrise 1997/98, der Terroranschläge 2001 sowie der globalen Wirtschaftskrise seit 2008) Handlungsspielräume und politische Relevanz zurückgewonnen hat.

Weiter sind hier die politische Geographie und die Soziologie, von einem Konsens ist das Feld jedoch weit entfernt. Am weitesten gehen relativ simplistische Annahmen einer „Entterritorialisierung“ durch eine zunehmende Verlagerung von sozialer Interaktion aus physischen Räumen in virtuelle und plurilokale Räume, die jedoch noch eine Nischenposition einnehmen (kritisch Yeung 1998, Ó Tuathail 1999). Der schnell wachsende Cyberspace, die Dezentrierung militärischer Schlachtfelder durch Drohnen und Präzisionswaffen, die Transaktionen auf globalen Märkten sowie die zunehmende Komplexität hybrider Identitäten stellen danach den Stellenwert räumlicher Nähe und somit den Ordnungswert von Territorialität infrage (exemplarisch Elkins 1995: 15, Ferguson/Jones 2002: 7).

Eine zweite Position spricht von einer Abkopplung (*unbundling*) von Souveränität und Territorialität (Agnew 1998). Zwar sei territoriale Kontrolle zurzeit noch eine unabdingbare Voraussetzung, um als souveräner Staat anerkannt zu werden, jedoch würde diese territoriale Basis für postmoderne Staaten nur noch ein überkommenes Anhängsel mit weitgehend symbolischer Bedeutung sein. Entscheidender als die territoriale Ausdehnung eines Staates sei seine Fähigkeit zur Etablierung und Durchsetzung seiner Jurisdiktion in entterritorialisierten Zusammenhängen, z.B. in transnationalen Rechtsräumen (Helleiner 1999, Zürn/Leibfried 2005). Nach Sassen ist die Unterscheidung des Nationalen und des Globalen zunehmend unmöglich; die Ebenen vermischten sich, so dass die exklusive Territorialität des Staates durch eine entgrenzte politische Ökonomie zerstört wird: „Sovereignty and territory, then, remain key features of the international system. But they have reconstituted and partly displaced onto other institutional arenas outside the state and outside the framework of the nationalized territory. I argue that sovereignty has been decentered and territory partly denationalized“ (Sassen 1995: 28).²

Während diese beiden Ansätze lineare und einheitliche Veränderungen von Territorialität annehmen, gehen weitere Beiträge eher von einer Ausdifferenzierung von Territorialitätsarrangements aus. Diese eint die Annahme, dass die Globalisierung je nach Land und Politikfeld unterschiedliche Auswirkungen auf Territorialität hat (Kessler 2009). Bereits 1995 sprachen Albert und Brock von einer Ungleichzeitigkeit von Entgrenzungsdynamiken im Globalisierungsprozess und sahen es letztlich als empirische Frage an, ob die entgrenzenden Tendenzen stärker sind als die Prozesse, die Territorialität stärken (Albert/Brock 1995, Albert/Brock 2001). Für Agnew und Corbridge (1995) ist die Welt durch eine zunehmende Komplexität räumlicher Relationen strukturiert, von Lokalisierung und Fragmentierung über Regionalisierung bis hin zu Plurilokalität und Globalisierung. Der Raum wird zwar neu

² Hier wird auch deutlich, dass sich die Positionen aus der Souveränitätsdebatte nicht direkt auf die Territorialitätsdebatte projizieren lassen, da Sassen – ebenso wie andere AutorInnen – die Handlungsfähigkeit des Staates durch diesen Prozess keineswegs eingeschränkt sieht, sofern dieser bereit ist, sich auf sein dezentriertes Schicksal einzulassen. Sassen (1995: 27) und Hein/Mutter (2011) betonen auch zurecht, dass Staaten durch die Liberalisierung des Handels und der Finanzmärkte die Globalisierung bewusst und entscheidend vorangetrieben haben und somit nicht als passive Opfer systemischer Prozesse angesehen werden sollten. Neocleous schreibt dazu: „the global intensification of capital accumulation is an exercise rather than a supersession of state sovereignty. [...] Moreover, the process of globalization has been shaped and managed by states, in league with international capital“ (Neocleous 2003: 126).

geordnet, seine Bedeutung verschwindet jedoch nicht. Globalisierung ist damit keine homogenisierende Kraft, sondern eine, die Unterschiede produziert und verstärkt.³

Während die Entterritialisierungs-, die Abkopplungs- und die Ausdifferenzierungsthese alle von einem Wandel des Territorialitätsprinzips ausgehen, gibt es auch Positionen, welche die Kontinuitäten betonen. So sagt Michael Keating: „the end of territory as a factor in social and political life has been predicted regularly over the last hundred years, yet somehow it keeps on coming back“ (zit. in Paasi 2003: 119). Auch Löw betont, dass Thesen des Wandels die Anpassungsfähigkeit des Territorialstaates (in entsprechenden Beiträgen oft als „Containerstaat“ geschmäht) unterschätzen: „Nur wenn man ‚das Eine‘ ideell überhöht, kann man dessen Zerfall problematisieren“ (Löw 2001: 110). Für Newman besteht die Herausforderung nicht darin, sich zwischen Wandel und Statik zu entscheiden, sondern die Gleichzeitigkeit von territorialer Unveränderlichkeit und der sich zunehmend entterritialisierenden „world of flows“ (Newman 2010: 775) zu analysieren.

Was in diesen Beiträgen fehlt, ist eine klare Verortung von Territorialität im konzeptionellen Lexikon der Internationalen Beziehungen – ist es ein Regime, eine Institution, eine Norm oder eine Praxis? Eine klare Einordnung ist hilfreich, um die oben dargestellten Thesen näher zu überprüfen, da die Diskussion über Wandel und Nicht-Wandel immer auch eine Frage nach Agenten und Strukturen ist. In der Analyse muss also letztlich immer danach gefragt werden, *wer* Territorialität verändert oder stabilisiert und *auf welche Weise* dies geschieht. Die Antworten auf diese Fragen unterscheiden sich radikal, je nachdem wie Territorialität verstanden wird. So sind beispielsweise Regime das Resultat zwischenstaatlicher Aushandlungsprozesse, während Normen durch Handlungsregelmäßigkeiten und Rechtfertigungsdiskurse konstituiert werden.

Dieser Aufsatz möchte einen Beitrag zur Klärung des konzeptionellen Status von Territorialität in den Internationalen Beziehungen leisten. Dazu wird im zweiten Abschnitt zunächst das Konzept der Territorialität aus der Sicht der politischen Geographie und der Soziologie dargestellt. Danach wird die bisherige Behandlung des Themas in den Internationalen Beziehungen zusammengefasst. Im vierten Abschnitt werden unterschiedliche Lesarten von Territorialität präsentiert und mit IB-Definitionen von Regimen, Institutionen, Normen und Praktiken verglichen. Im Fazit werden erste Implikationen dieser Einordnung für die Bewertung der Thesen um Wandel und Kontinuität von Territorialität diskutiert.

³ Die gleiche Diagnose lässt sich auch auf Staatsgrenzen als Ausdruck klassischer Territorialität anwenden. Auch hier wird auf die Gleichzeitigkeit gegenläufiger Wandlungsprozesse hingewiesen: „While boundaries are opening up – even collapsing – in some parts of the world, new fences are being erected in many other areas“ (Newman 2001: 144). Vgl. dazu weiterhin Vaughan-Williams (2009), Dittgen (2009) und Newman (2006).

2. Was ist Territorialität?

Territorialität ist ein Ordnungsprinzip. Im Unterschied zur Aufzählung, die alle Elemente einer Menge einzeln benennt, definiert eine territoriale Ordnung alle Elemente, welche sich in einem bestimmten Raum befinden, als Teil der zu bestimmenden Menge (Sack 1986: 32). Damit müssen bei einem Fußballspiel nicht 22 Spieler plus Schiedsrichter als Beteiligte des Spiels aufgezählt werden, vielmehr genügt es, wenn man alle Personen, die sich innerhalb des Spielfelds befinden, als Beteiligte definiert. Dieses Prinzip kann nicht nur auf physische Räume angewendet werden. So können z.B. auch die Mitglieder einer Online-Community oder eines Beziehungsnetzwerks territorial sortiert werden, sofern diese Gruppen eine Unterscheidung von „innen“ und „außen“ ermöglichen. In vielen Umständen ist eine raumbezogene Ordnung effizienter als die Ordnung nach Aufzählung, wenn z.B. eine Rechtsordnung in einem bestimmten Staatsgebiet gilt anstelle dies für jedes Individuum in diesem Territorium einzeln festzulegen.

Territorialität ist ein Ausdruck von Macht. Jenseits der rein klassifikatorischen Funktion ist die Festlegung von Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit eine Definitionsmacht, die weitere Formen der Kontrolle ermöglicht. Durch die Zugehörigkeit zu einer räumlich abgegrenzten Rechtsordnung werden Einzelpersonen der Autorität eines Staates unterworfen. Als Herrschaftsstrategie ist Territorialität skalenunabhängig und kann von der Mikro- bis zur Makroebene eingesetzt werden. Man findet dies in Familien, wenn beispielsweise die Eltern einem Kind das Spielen in der Küche verbieten, ebenso wie auf internationaler Ebene, wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen den Export von Waffen in ein bestimmtes Staatsgebiet per Sanktion verbietet.

In den Internationalen Beziehungen wird Territorialität in der Regel mit dem Souveränitätsbegriff verknüpft und so auf das globale Staatensystem bezogen. Dadurch wird die Bedeutung von Territorialität eingeschränkt, so dass der Geograph John Agnew (1994) von einer „territorial trap“ spricht, in der sich diese Wissenschaft befände. Tatsächlich ist eine Problematisierung des Territorialitätsbegriffs in den IB – von wegweisenden Beiträgen wie von Ruggie (1993) oder Kratochwil (1986) abgesehen – weitgehend ausgeblieben (siehe 3.). Um die IB aus dieser „Falle“ zu befreien und das Konzept der Territorialität für einen politikwissenschaftlichen Zugang fruchtbar zu machen, werde ich geographische und soziologische Perspektiven auf dieses Thema darstellen.⁴ Dafür werde ich in diesem Kapitel zentrale raumwissenschaftliche Begriffe wie Territorium, Territorialität und Grenzen definieren und in Beziehung zueinander setzen.

⁴ Auch die Kultur- und Geisteswissenschaften haben inzwischen einen „spatial turn“ hinter sich (vgl. Warf/Arias 2009, Engel/Nugent 2010), der von der Politikwissenschaft bislang nicht nachvollzogen worden ist. Die Standards gesetzt hat jedoch die Humangeographie, insbesondere die Politische Geographie, die sich unter dem Banner der *critical geopolitics* neu erfunden hat (Agnew/Corbridge 1995, Ó Tuathail 1996).

2.1 Raum, Territorium und Grenzen

Raum

Stand der Raumbegriff früher für natürliche, physisch abgrenzbare Räume („Orte“ bzw. *places*), sieht man heute Räume als soziale Konstruktionen, als Produkte menschlicher Sinngebung und Machtausübung. Benecke et al. (2008) unterscheiden drei verschiedene Raumkonzepte, die diesen Wandel systematisieren: Erstens der Raum als Behälter, in dem sich Personen und Dinge befinden (der „Containerraum“), zweitens der Raum als Beziehungsgefüge von Lage und Standorten gegenständlicher Phänomene (der „relationale Ordnungsraum“), und drittens der Raum in einer Dialektik von Raumwahrnehmung und Raumschaffung (das „erweiterte Raumkonzept“).

Das erste Raumkonzept ist mit der klassischen Geopolitik verbunden. Hier sind Staaten organische, quasi-natürliche Produkte einer deterministischen Umwelt, die nach innen absolute Macht besitzen und sich untereinander scharf abgrenzen (ausführlich Agnew/Corbridge 1995) – daher das Zerrbild des „Machtcontainers“ bzw. „Containerstaates“ (Giddens 1985: 12-13), auf den in neueren Publikationen gerne noch ein rhetorischer Abgesang gehalten wird.

Der zweite Raumbegriff ist stärker in der Soziologie verortet. Im Unterschied zum ersten Raumkonzept, das eine absolutistische Unterscheidung von Raum und Körpern bzw. Handeln vornimmt, wird „(i)n der relativistischen Raumtheorie [...] Raum aus der Anordnung der Körper abgeleitet“ (Löw 2001: 18). Dies macht den Raum dynamisch, da sich auch die Körper in Bewegung befinden. Für Löw impliziert dies, dass die Veränderungen von Räumen ebenso wie die Prozesse seiner Konstitution als soziale Prozesse verstanden werden und als solche erforscht werden müssen (Löw 2001: 65-67). Dies bedeutet auch, dass „sozialer Raum“ keine Bezüge mehr zu physischem Raum aufweisen muss – auch wenn er dies oft noch tut, z.B. durch die territoriale Segregation sozialer Klassen in Stadtviertel (Oßenbrügge 2004: 17-20). Nach diesem Raumverständnis bedeuten Entgrenzung und Globalisierung nicht Enträumlichung, sondern dem sozialen Handeln ein neues räumliches Bezugssystem zu geben, wie es z.B. die Forschung zu transnationalen Sozialräumen tut (Pries 2001: 29, Luutz 2007: 42).

Das dritte Konzept, welches heute die Politische Geographie dominiert, betont die Konstruktionsprozesse von Räumen. Der Hauptunterschied zum relationalen Raum liegt darin, dass dem Raum ein eigener ontologischer Status zuerkannt wird, der an die klassische Dialektik von Agent und Struktur erinnert: Raum ist das Resultat sozialer Konstruktionsprozesse, beeinflusst aber seinerseits künftige Prozesse der (Re-)Konstruktion (Agnew/Corbridge 1995: 79, Benecke et al. 2008: 15). Diese Konstruktion von Räumen ist natürlich kein zufälliges Ereignis, sondern das Produkt politischer Prozesse. Wer Räume festlegen, benennen und ihre besonderen Spielregeln definieren kann, steuert Diskurse und Wahrnehmungen und übt Einfluss auf die darin stattfindenden Prozesse aus. Indem LokalpolitikerInnen bestimmte Stadträume als „Problembezirke“ oder „no-go areas“ titulieren, legitimieren sie dadurch eine Verschärfung von Polizeitaktiken und erzeugen ein Unsicherheitsgefühl bei der Bevölkerung. Verfestigt sich diese Sichtweise, kann dadurch in der Öffentlichkeit die Forderung nach

stärkerer Polizeipräsenz und *law and order*-Politik oder Widerstand gegen die Militarisierung und Überwachung des öffentlichen Raums entstehen, was wiederum Anreize und Zwänge für die Amtsträger erzeugt.

Territorium

Das Territorium ist eine besondere Form des Raums. Es stellt einen Raum dar, der beansprucht wird, dessen Konturen ausgehandelt werden und der umstritten und umkämpft ist (Cox 2002: 1). Im Begriff des Territoriums wird also der Machtaspekt, der bereits in manchen Raumbegriffen enthalten ist, in den Vordergrund gerückt. Somit ist Territorium nicht statisch, wie Paasi feststellt: „Territories are always manifestations of power relations. The link between territory and power suggests that it is important to distinguish between a place as territory and other types of places. Whereas most places do not, territories – especially states – require perpetual public effort to establish and to maintain“ (Paasi 2003: 111).

Ebenso wie Räume anderer Arten ist auch das Territorium Ergebnis sozialer Konstruktion und erhält seine Bedeutung erst durch soziale Praktiken. Trotz dieser grundsätzlichen Wandelbarkeit sind viele Territorien sehr konstant, auch über längere Zeiträume. Paasi (2003: 112-113) benennt vier Elemente der Institutionalisierung von Territorium: (1) die Grenzen, (2) die symbolische Form (Diskurse, fixe Symbole und soziale Praktiken), (3) die institutionelle Form (Verwaltung, Politik, Ökonomie, Kultur etc.), und (4) eine Identität und Position im übergeordneten System.

Grenze

Ohne auf alle vier Elemente Paasis eingehen zu wollen, möchte ich kurz den Begriff der Grenze (*border/boundary* bzw. *frontier*) erläutern, der für die politische Geographie ein weiteres fundamentales Konzept darstellt. Seine Verbundenheit mit dem Territorium hebt bereits Gottmann (1973: 5) hervor, für den das moderne Verständnis von Territorium unter anderem impliziert, dass es von benachbarten Territorien unter anderer Jurisdiktion abgegrenzt ist.

Die Erforschung von Grenzen ging lange Zeit relativ sterilen Fragestellungen nach, die sich insbesondere auf ihre Entwicklung und geographische Verortung konzentrierten. Mit dem grundlegenden Wandel der Politischen Geographie in den 1990er Jahren kam es auch zu einer Renaissance und Neuausrichtung der *border studies* (Newman/Paasi 1998, Newman 2003). Betont wird jetzt nicht mehr das Trennende von Grenzen, sondern deren Vielgestaltigkeit. So schreiben beispielsweise Newman und Paasi: „Boundaries, by definition, constitute lines of separation or contact. This may occur in real or virtual space, horizontally between territories, or vertically between groups and/or individuals“ (Newman/Paasi 1998: 191). Derartige Grenzen können durch Symbole kenntlich gemacht werden (Staatsgrenzen) oder unsichtbar bleiben, sich aber in Praktiken widerspiegeln (Grenzen zwischen Kulturen oder Klassen, vgl. Bourdieu 1989).

Grenzen können klar gezogen (*border/boundary*) oder unscharf sein (Grenzmarken/*frontier*). Historisch war der unscharfe Typ dominant, mit der Entstehung des europäischen Territorialstaats begann jedoch der Aufstieg des *boundary*-Typs, der heute das Standardmodell politischer Grenzen darstellt (Anderson 1996: 1-19). Ob dieses Standardmodell eine Zukunft hat, ist zurzeit nicht absehbar. Vaughan-Williams (2009: 4-5) sieht zwei dominante Diskurse in der Literatur: Der erste behauptet, dass zwischenstaatliche Grenzen aufgrund der Globalisierung postfordistischer Wirtschaften ein Ding der Vergangenheit seien, was letztlich die gesamte Grundlage einer territorial gegliederten Staatenordnung in Frage stelle. Der zweite sagt, dass diese Grenzen erhalten blieben, da der Staat weiterhin der zentrale Akteur auf der Weltbühne sei und dass diese Rolle in der Folge von 9/11 eher noch gestärkt als geschwächt worden sei. Vaughan-Williams selbst vertritt eine dritte Position, dass Grenzen sich von geopolitischen in biopolitische Grenzen verwandeln, um weiterhin relevant zu bleiben (Vaughan-Williams 2009: 39).

2.2 Territorialität

Territorialität ist eine Strategie zur Kontrolle von Menschen und Dingen durch die Kontrolle von Raum, der durch diese Machtausübung zum Territorium wird. Es ist ein Verhalten, das Räume definiert, verdinglicht und kontrolliert, um damit soziale Ziele zu verfolgen (Löwbrand/Strippel 2006: 218). Daher schließt Sack in seinem grundlegenden Werk: „Territoriality is a primary geographical expression of social power“ (Sack 1986: 5). Er präzisiert den Begriff wie folgt: „(T)erritoriality will be defined as the attempt by an individual or group to affect, influence, or control people, phenomena, and relationships, by delimiting and asserting control over a geographic area“ (Sack 1986: 19). In politikwissenschaftlichen Begriffen kann man unter Territorialität also die Ausübung von Macht durch die Kontrolle von Territorium verstehen.

Diese Definition von Territorialität enthält drei interdependente Bedingungen: Erstens gehört eine „classification by area“ (Sack 1986: 21) dazu. „Second, by definition, territoriality must contain a form of communication. This may involve a marker or sign such as is commonly found in a boundary. Or a person may create a boundary through a gesture such as pointing“ (Sack 1986: 21). Drittens enthält Territorialität auch den Versuch ihrer Durchsetzung durch Gesetz, Polizei, Militär, Drohungen oder Handeln. Dazu ergänzt Blacksell: „(S)uccessfully proclaiming exclusive control goes a long way to legitimising it. Examples of the truth of the old adage ‚possession is nine-tenths of the law‘ are never hard to find, be it in squatter’s rights or land occupied by armies as an act of war, and attempts to reclaim what has been lost are always fraught with uncertainty, no matter how strong the legal case may be“ (Blacksell 2006: 20). Territoriale Ansprüche werden durch Symbole, durch Systeme sowie durch entsprechende Praktiken staatlicher Agenten, z.B. das Einziehen von Steuern oder Militärpatrouillen, ausgedrückt (Blacksell 2006: 21-27).

Territorialität findet prinzipiell auf allen möglichen sozialen Aggregationsniveaus statt. In der Politikwissenschaft und den IB wird Territorialität zumeist auf das

„westfälische“ Staatensystem bezogen. Daher setzen viele Definitionen aus diesen Disziplinen andere Schwerpunkte oder nutzen andere Terminologien. So bezeichnet beispielsweise Caporaso Territorialität als die Organisation politischen Raums, insbesondere hinsichtlich der Prinzipien, die dieser Organisation zugrundeliegen: „Political organization is territorial when the legal reach of public authority is coterminous with certain spatial boundaries, such as those of the national state or of federal jurisdictions within a state. Territoriality links politics as authoritative rule with the geographical reach of this rule“ (Caporaso 2000: 10). Andere Autoren identifizieren den modernen Nationalstaat direkt als typischen Ausdruck von Territorialität (Herz 1957, Anderson/O'Dowd 1999).

3. Darstellungen von Territorialität in den IB

Nur wenige Arbeiten thematisieren Territorialität explizit aus der Perspektive der Internationalen Beziehungen. John Herz (1957) tat dies als erster und setzte Territorialität mit der Undurchdringlichkeit bzw. Kontrollierbarkeit staatlicher Außengrenzen gleich. Diese Idee einer Abschottung eines Landes wirkt heute antiquiert; es ist überdies fraglich, ob dies jemals idealtypisch gegeben war. Durch den Wandel der Kriegführung (z.B. durch Nuklearwaffen, Luftangriffe) und zunehmende Interdependenzen sah Herz das Territorialitätsprinzip von Erosion bedroht. Zwar nahm er in einer Retrospektive (Herz 1968) einige seiner weitreichenderen Hypothesen wieder zurück, blieb jedoch bei seiner grundsätzlichen Diagnose, dass der territorial verfasste Nationalstaat auf dem absteigenden Ast sei.

Fast drei Jahrzehnte später unternahm Friedrich Kratochwil (1986) eine historisch-komparative Analyse zur Entstehung des internationalen Staatensystems. In einem großen konzeptionellen Rundumschlag diskutierte er den Funktionswandel von Grenzen und die Evolution von Imperien zu einem System der Staaten. Diese historisierende Perspektive wandte er auch auf das zeitgenössische internationale System an und warnte davor, aktuelle politische Konzepte zu verabsolutieren. Vielmehr demonstrierte er, dass Souveränität und Territorialität niemals so homogen angewendet wurden, wie es die Theorien annehmen, sondern sich stets in unterschiedlichen Formen auch jenseits des Nationalstaat ausdrückten.

Auch John Ruggie (1993) nahm eine historische Perspektive ein, indem er den Prozess europäischer Staatsbildung durch die Brille der Territorialität betrachtete. Dabei zeigt er, wie sich durch die Institutionalisierung und Depersonalisierung von Herrschaft auch die Rolle des Territoriums verändert. Ähnlich wie Kratochwil hielt auch Ruggie das aktuelle internationale System mit seinen auf exklusiver Territorialität fundierten Einheiten für einen historischen Ausnahmefall.

Dass sich die IB bislang zu wenig Gedanken über Territorialität gemacht haben, ist eine weit verbreitete Klage (Agnew 1994, Newman/Paasi 1998, Elden 2005). Tatsächlich scheint Territorialität lange Zeit ein „blinder Fleck“ der IB-Theorie gewesen zu sein. So schreibt Ruggie: „It is truly astonishing that the concept of territoriality has been so little studied by students of international politics; its neglect is akin to never looking at the ground that one is walking

on“ (Ruggie 1993: 174). In die gleiche Kerbe schlägt Jacobson: „The association of nations and states with fixed, clearly demarcated territories has been presumed to be so ‚given‘ or even natural that until recently, scholars left the issue of territoriality as implicit, a constant like the weather that did not need to be discussed“ (Jacobson 1997: 121).

Die IB fallen dadurch innerhalb der Politikwissenschaft nicht mal besonders negativ auf – so stellt z.B. Keating (2008) auch für die europabezogene Komparatistik fest, dass diese territoriale Fragen lange Zeit ignoriert habe und die Existenz funktionsfähiger Territorialstaaten unkritisch voraussetze. Kritiker heben gerne hervor, dass die IB in ihrer Existenz von einer strikten Trennung von Innen und Außen abhängig sind, die nur durch die scharfe Abgrenzung territorialer Einheiten möglich ist. Als Beispiele für den Mangel an Auseinandersetzung mit geographischen Konzepten und Problemen werden dann aber oft neorealistic und institutionalistische Strohmänner (Waltz, Keohane etc.) verwendet (z.B. bei Vaughan-Williams 2009).⁵

Von diesem Problem ist auch der wegweisende Text von Agnew (1994) nicht frei. Allerdings war die dort formulierte Idee, die IB befänden sich einer „Territorialfalle“ (*territorial trap*), so einflussreich, dass sie weiterhin die Diskussion bestimmt (vgl. u.a. Elden 2010, Reid-Henry 2010). Die *territorial trap*, so Agnew, besteht aus drei Annahmen, die IB-Theorien zugrundeliegen: 1) dass unveränderliche territoriale Einheiten der Lokus staatlicher Souveränität seien, 2) dass sich das Innen und Außen dieser Einheiten klar voneinander unterscheiden ließe, und 3) dass der souveräne Territorialstaat einen angemessenen politischen „Container“ für Gesellschaften darstelle. Klassische IB-Theorien wie Realismus oder Institutionalismus, die sich auf zwischenstaatliche Beziehungen konzentrieren, setzten all dies voraus, ohne es je zu hinterfragen. Damit würde jedoch übersehen, wie diese territoriale Ordnung sozial konstruiert und normalisiert werde und welche Rolle politische Macht in ihrer Erhaltung spiele (Paasi 2003: 117, Newman 2010: 773).

Agnew räumte selbst ein, dass es konstruktivistische und poststrukturalistische IB-Theorien gebe, die sich aus der *territorial trap* lösen. Deren Zahl und Einfluss ist in den letzten beiden Dekaden sicherlich angestiegen. Gleichwohl wird Agnews Kritik als immer noch gültig angesehen (Barnett 2001, Engel/Nugent 2010). Laut Shah (2012) können selbst Theorien der Global Governance nicht der *territorial trap* entfliehen, da sie das Territorium des Staates weiterhin auf seine materiellen Tatsachen reduzieren. Damit würden jedoch die normativen und praktischen Aspekte von Territorialität übersehen. Sie argumentiert, dass Territorium als politische Theorie behandelt werden müsse: „Understood as the state's space, exploring territory as a political theory entails delineating how a specific territorial spatial logic has

⁵ Bartelson unternimmt eine Kritik der Kritik, dass die IB den Staat allgemein zu wenig problematisiere. Er hält derartige Einwände für trivial, zumal es einer Wissenschaft zustehe, bestimmte Dinge als disziplinäre Grundlagen als gegeben zu akzeptieren: „No one criticizes chemistry for taking the existence of atoms for granted, lower or higher levels of complexity are simply left to physicists and biologists respectively. Therefore, we should better view criticism along the above lines not as an ontological dispute going on within a preconstituted and homogenous field of knowledge, but as a contest over a problematic disciplinary identity“ (Bartelson 1995: 22).

shaped the legitimate framework of political order, specifically that of the modern sovereign state“ (Shah 2012: 59).

Die Konsequenz der *territorial trap* ist eine Überhöhung gegenwärtiger Strukturen in den Status historischer Konstanten. Danach funktioniert der Staat als unwandelbare territoriale Einheit über alle historischen Epochen und in allen Weltregionen grundsätzlich nach denselben Prinzipien (Agnew/Corbridge 1995: 78-79). Walters kritisiert diese Sichtweise und warnt, dass die geographischen Grundannahmen der IB-Theorie die Historizität und Wandelbarkeit politischer Raumordnungen verschleiern (Walters 2006: 141).

Walters' Kritik an der Geschichtsblindheit der IB-Theorie ist mehr als berechtigt, wie ein Blick auf den Zusammenhang von Souveränität und Territorialität verdeutlicht. Diese beiden Konzepte sind in den IB so eng verbunden, dass man sie kaum voneinander trennen kann: „Im modern-neuzeitlichen Verständnis [...] bedeutet Souveränität den Anspruch des Staates auf die höchste und uneingeschränkte Herrschaftsausübung im Rahmen eines bestimmten und beschränkten Territoriums. Innerhalb dieses Territoriums ist die souveräne Herrschaft des Staates von keiner anderen Instanz legitimerweise in Frage zu stellen, herauszufordern oder zu bekämpfen. [...] Souveränität 'braucht' Territorialität in demselben Maße, wie Territorialität durch das Konzept der Souveränität prinzipiell bestimmt wird“ (Behr 2002: 62). Sehr ähnlich schreibt Gottmann: „It would seem indeed that sovereignty needs territory on which it is to be exercised, and a territory would appear useless for all practical purposes unless it was under some recognized sovereignty“ (Gottmann 1973: 3, vgl. auch Neocleous 2003: 120).

Bartelson (1995) kontrastiert das Souveränitätskonzept der IB-Theorie mit dem einer empirischen Makrosoziologie. Angesichts der von der IB-Theorie postulierten Interdependenz von Territorium und Souveränität wirft er die Frage auf, was logische Priorität hat: bestimmt Souveränität das Territorium oder entsteht zunächst das Territorium, in dem sich dann erst Souveränität entwickelt? Während die IB-Theorie eher vom souveränen Staat her denkt, herrscht in der Makrosoziologie die Annahme vor, dass eine Politisierung des Raumes in der europäischen Geschichte schon länger besteht als der Staat als bestimmte Organisationsform.

Eine historische Perspektive verdeutlicht, in welchen Einzelschritten Territorialität und Souveränität miteinander verwachsen. Im europäischen Frühmittelalter wurde Herrschaft typischerweise über Personen, nicht über Territorien ausgeübt. Dies wandelte sich jedoch bis zum Spätmittelalter – aus dem *Rex Anglorum* (König der Engländer) wurde der *Rex Anglie* (König von England), aus dem merowingischen „König der Franken“ wurde der kapetingische „König von Frankreich“ (Spruyt 2002: 130). Als der Staat sich zunehmend gegen Herrschaftsansprüche der Kirche durchsetzen und sich schrittweise institutionalisieren konnte, wurde die säkuläre Herrschaft immer mehr in räumlichen Begriffen gedacht: „The body politic came to be understood as continuous not only in time, but also in space; it became connected, in other words, with the concept of territory“ (Neocleous 2003: 99).

Begleitet von Fortschritten in den Naturwissenschaften entwickelte sich im 16. und 17. Jahrhundert eine politische Theorie des Staates, die dessen räumlichen Charakter betonte.

Dicke verweist auf die zentrale Rolle von Thomas Hobbes, der den dreidimensionalen euklidischen Raum als natürlichen Referenzrahmen für den Staat kanonisch macht: „Staat und politischer Raum in diesem Sinne werden identisch“ (Dicke 2002: 17). Diese ideengeschichtliche Weiterentwicklung wurde begleitet durch die zunehmend klare Definition (wenn auch nicht Demarkation) von Grenzen. Fortschritte in Kartographie und Vermessung ermöglichten den Übergang von der *frontier* zur *boundary* und eine Idee des Staates als hartschaliger „Container“.

Der Prozess des „Ausreifung“ des Territorialstaates dauerte jedoch Jahrhunderte. Versuche, das Konzept moderner Souveränität am Westfälischen Frieden von 1648 festzumachen, werden zunehmend als unzulässige Vereinfachung kritisiert (vgl. exemplarisch Krasner 1993, Osiander 2001, Teschke 2006). Vielmehr, so die Kritik, entstand das moderne Verständnis von Souveränität erst im 19. Jahrhundert. Technologischer Fortschritt ermöglichte die immer dichtere Kontrolle von Bevölkerung in abgegrenzten Territorien und stärkte die Position von Regierungen. Der aufkommende Nationalismus stellte eine verbindende Ideologie für diese neue politische Struktur zur Verfügung. Die Aufspaltung der europäisch-christlichen Gesellschaft, die seit den Religionskriegen des 16. Jahrhunderts im Gange war, führte nun zur Konstitution von Nationalstaaten, in denen politische Herrschaft und nationale Gesellschaft vereint wurden. So erhielt Souveränität unter Rechtswissenschaftlern und Historikern einen positiven Klang, den diese historisch zu verankern suchten, indem sie die Wurzeln der Veränderung im 17. Jahrhundert lokalisierten (Osiander 2001: 281-282). Viele Staatsaufgaben, wie z.B. die Priorität der staatlichen Rechtsordnung gegenüber anderen Rechtssystemen oder das Ausgeben einer eigenen Währung, wurden ebenfalls erst im 19. Jahrhundert zum selbstverständlichen Kernbereich staatlicher Souveränität (Helleiner 1999). Und erst im 20. Jahrhundert begannen europäische Staaten mit systematischen Kontrollen ihrer Außengrenzen und der Organisation eines Passwesens (Agnew 2001: 7, Paasi 2003: 115).

Daher folgert Taylor zurecht: „The world political map of countries depicted in different colours is a thoroughly modern map. Our world of absolute political spaces, of clear-cut boundaries separating polities, is a phenomenon of the modern world-system and no other“ (Taylor 1995: 8). Dieses Narrativ einer Teleologie des Territorialstaates muss jedoch in zwei Hinsichten eingeschränkt werden. Erstens gibt es bis heute keine 1:1-Identifikation von Souveränität und Territorium, deshalb sollte man weder die Gegenwart noch irgendeinen Punkt in der Vergangenheit als goldenes Zeitalter des souveränen Staates idealisieren. Zwar sind Arrangements wie Protektorate, Kondominia und Exklaven heute selten geworden, Praktiken der Extraterritorialität (z.B. für Botschaften) haben eine lange Geschichte und sind weiterhin verbreitet (Kratochwil 1986: 36-41, Ruggie 1993, Sassen 1995: 4). Zweitens ist die oben zusammengefasste Geschichte der Souveränität eine rein europäische. Die darin enthaltene Idee des Staates wurde zwar über Imperialismus und Kolonialismus globalisiert, die Praktiken des europäischen Systems sind jedoch keineswegs universell. So unterscheidet Sørensen (2001) drei Idealtypen von Staatlichkeit, den modernen, den postmodernen und den postkolonialen, die in verschiedenen Ländern und Weltregionen verbreitet sind.

Territorialität und Souveränität sind also keine unverrückbare Kombination, sondern zwei Ordnungsprinzipien, deren Zusammenhang sich über historische Zeiträume verändert. Den IB-Theorien fehlt jedoch diese Historizität, somit ist die Kritik der *territorial trap* an den IB-Theorien in dieser Hinsicht zutreffend. Gleichwohl bietet die IB zumindest eine brauchbare Diagnose der Gegenwart dar, in der Souveränität und Territorialität einander konstituieren. (Dies bezieht sich jedoch nicht die Auseinandersetzung um künftige Entwicklungsrichtungen, die unter 1. zusammengefasst ist.)

Die IB verstehen Territorialität nur in ihrem Bezug zur Organisationsform des souveränen Staates. Politische Herrschaft soll durch Staaten innerhalb definierter Territorien ausgeübt werden. „Territorien“ meint hier ausschließlich physische Räume, nicht die sozialen oder virtuellen Räume, über die u.a. die Soziologie spricht. Taylor (1995: 3-4) folgert daraus, dass das internationale System lückenlos sein muss, dass also jedes Stück Land auf der Erde unter Kontrolle genau eines souveränen Staates sein muss. In dieser idealtypischen Betrachtungsweise sind Abweichungen nur als Ausnahmefälle mit expliziten Regelungen möglich (z.B. die Antarktis).

Diese Prinzipien sind nicht unmittelbar beobachtbar, aber sie haben mehrere Implikationen. Erstens wird soziales Handeln danach unterschieden, ob es territoriale Grenzen überschreitet oder nicht – wenn ja, ist es Gegenstand der internationalen Beziehungen. Zweitens werden komplexe Prozesse, die sich nicht auf die Interaktion zwischen Staaten reduzieren lassen, in eine territoriale Logik übersetzt. Beispielsweise wird rechtliche Haftung im Internet am physischen Standort des Servers festgemacht; bei multinationalen Unternehmen zählt der Firmensitz; bei Hochseeschiffen der Heimathafen; zur Bekämpfung des Klimawandels werden nationale Emissionsreduktionsziele definiert. Diese Beispiele zeigen, wie stark das internationale System einer territorialen Logik unterliegt, und wie diese Logik der internationalen Politik auch die vorgeblich so globalisierte Weltwirtschaft beeinflussen. Durch die zentrale Rolle der Staaten in der Definition von Eigentumsrechten kann sich aber auch die Wirtschaft nicht völlig dieser territorialen Logik entziehen; im Gegenteil benutzen Wirtschaftsakteure dieses System mittels Regulierungsarbitrage zu ihrem Vorteil.

Es wäre problemlos möglich, alternative Territorialitätskonzepte in die IB einzuführen, indem man z.B. die Identifikation von Territorien mit physischen Räumen auflöst und somit auch Herrschaft über soziale, plurilokale Räume zulässt. Ein Beispiel für einen derart erweiterten Blickwinkel bietet u.a. Vollaard (2009), der „westfälische Territorialität“ nur für einen Spezialfall von Territorialität im Allgemeinen versteht, und Territorialität als Ordnungsprinzip von staatlich aufgeteilter und organisierter Territorialität unterscheidet.

4. Der Status von Territorialität

Die meisten dieser unterschiedlichen Beiträge thematisieren nicht den IB-theoretischen Status von Territorialität. Dies erkennt man bereits an der semantischen t : Mal wird Territorialität als eine Konstante bezeichnet, mal als eine Ordnung, mal als ein Prinzip – alles Begriffe, die IB-

theoretisch nicht definiert sind. Wir müssen aber davon ausgehen, dass Territorialität im Sinne einer Agent-Struktur-Interaktion veränderbar ist, womit sich Thesen eines Wandels (siehe 1.) beschäftigen. Um über die Möglichkeit eines Wandels zu sprechen, muss jedoch geklärt werden, *was der Gegenstand eigentlich ist, der verändert werden soll*.

Einige Beiträge verstehen Territorialität als ein zwischenstaatliches Regime, andere als internationale Institution, wiederum andere als internationale Norm. Nicht zuletzt kann es sich dabei auch um eine Praxis handeln.⁶ In diesem Abschnitt sollen diese Möglichkeiten durchgespielt und ihre Stichhaltigkeit miteinander verglichen werden. Einschränkend verweise ich auf Buzan (2004: 164), der auf die terminologische Unklarheit von Begriffen wie „Norm“, „Regel“, „Prinzip“ oder „Institutionen“ selbst bei den Epigonen des Fachs hinweist (ähnlich Björkdahl 2002: 21). Ich habe daher nicht den Anspruch, in den folgenden Abschnitten zu einer Klärung von Definitionsfragen beizutragen, sondern werde höchst selektiv mit der Literatur umgehen müssen.

4.1 Territorialität als Regime

Einige Beiträge verstehen Territorialität als ein zwischenstaatliches Regime: „A territorial regime governs the spatial exercise of authority by political elites or governments. As defined earlier, such a regime is constituted by the norms, institutions, and practices associated with territorial governance“ (Kahler 2006: 4-5).⁷ Nach Kahler besteht dieses Regime aus zwei Hauptbestandteilen: Grenzziehung und der Kongruenz von Jurisdiktion. Grenzziehung umfasst alle Mittel, mit denen sich politische Einheiten von anderen Einheiten abgrenzen. Mit Kongruenz der Jurisdiktion ist gemeint, in welchem Maße exklusive politischen Autorität in Politikfeldern mit territorialen Abgrenzungen zusammenfällt, d.h. ob Regulierungsräume und Territorien deckungsgleich sind.

Regime im Sinne gängiger institutionalistischer IB-Theorien „sind problemspezifische und handlungsleitende Regelwerke. Sie legen die Prinzipien fest, nach denen ein bestimmter Problembereich geordnet sein soll; sie schreiben den Akteuren in diesem Problembereich vor, wie sie sich verhalten sollen (Gebote) und was sie nicht tun dürfen (Verbote); und sie legen bestimmte Verfahren für Verhandlungen, Kontrolle, Streitfälle und Sanktionen in diesem Problembereich fest“ (Schimmelfennig 2008: 102). Während ein Regime nicht auf einzelne Verträge oder Organisationen reduziert werden kann, beruht es jedoch normalerweise auf expliziten und formell festgehaltenen Übereinkünften zwischen Staaten. Konstruktivistisch inspirierte Regimetheorien fügen dem hinzu, dass auch das Regime Auswirkungen auf die

⁶ Ähnliche Unklarheiten findet man auch in der Literatur zum Wandel internationaler Souveränitätsregeln. Während Barkin/Cronin (1994) dies als Normwandel einordnen, spricht Jackson (1990) vom „sovereignty game“.

⁷ Agnew (2005) spricht zwar von „sovereignty regimes“, meint damit aber „a system of rule, not merely some sort of international protocol or agreement between putatively equal states“ (Agnew 2005: 437).

Interessen und Identitäten beteiligter Staaten haben kann (Zangl 2003: 135-137), nicht aber dass Regime die Staaten selbst konstituieren können.

Insgesamt kann eine Einordnung von Territorialität als Regime im Sinne Schimmelfennigs oder Zangls nicht überzeugen. Zwar wäre ein solches Regime theoretisch denkbar, durch das die Spielregeln territorialer Ordnungen kodifiziert werden, es lassen sich aber keine empirischen Anzeichen für explizite und formalisierte Abkommen zwischen Staaten in diesem Bereich finden. Nicht zuletzt gäbe es auch ein logisches Problem: Wenn Regime keine Staaten konstituieren können, woher sollten dann die Staaten kommen, die das Regime erst erschaffen müssten?

4.2 Territorialität als Institution

Es gibt mehrere Herangehensweisen an Territorialität als Institution. Die erste stammt von Simmons und argumentiert eher funktionalistisch, während die zweite Position von Buzan ist und aus der Tradition der englischen Schule kommt. Simmons (2006) konzeptualisiert zwischenstaatliche Grenzen als internationale Institutionen, die zwischen den beteiligten Staaten vereinbart werden. Diese Institutionen schafften Klarheit, verringerten Transaktionskosten und böten beiderseitige Vorteile, solange die Grenze als legitim anerkannt werde.

Simmons sieht das Konzept der Institution als Nachfolger des überladenen Regimebegriffs in den IB. Dabei verbindet sie die Institution mit der Existenz von Regeln: „Though a range of usages exists, most scholars have come to regard international institutions as sets of rules meant to govern international behavior. Rules, in turn, are often conceived as statements that forbid, require or permit particular kinds of actions“ (Simmons/Martin 2002: 194). Diese Definition ist wesentlich schlanker und allgemeiner gehalten als die des Regimebegriffs. Allerdings räumen Simmons und Martin ein, dass sich dieser Institutionenbegriff besser für die Analyse regulativer Regeln (die Verhalten in bestimmten Politikbereichen betreffen) als für konstitutive Regeln (die die Spielregeln für die politische Auseinandersetzung bestimmen) eignet. Für letzteres seien konstruktivistische Theorien besser geeignet, die die gegenseitige Konstitution von Institutionen und Akteuren annehmen. Da Territorialität und Grenzen jedoch konstitutive Regeln darstellen, ist das institutionalistische Territorialitätskonzept von Simmons insgesamt wenig überzeugend.

Vielversprechender ist die zweite Herangehensweise, die sich zentral mit dem Problem konstitutiver Regeln befasst. Ruggie (1998: 871-874) stellt diese als eine der zentralen Innovationen sozialkonstruktivistischer IB-Forschung dar und definiert sie als „institutional foundation of all social life“ (Ruggie 1998: 873). Er beschreibt die Herausbildung des Territorialstaates und das moderne Staatensystem als Produkte entsprechender Regeländerungen, die schrittweise im europäischen Spätmittelalter Einzug hielten. Dabei eröffnet er auch die Möglichkeit, dass die Regeln existieren, ohne Gegenstand politischer Deliberation zu sein: „Some constitutive rules, like exclusive territoriality, are so deeply

sedimented or reified that actors no longer think of them as rules at all“ (Ruggie 1998: 873). Dies ist eine hochwillkommene Perspektive, zumal Ruggie auch Mechanismen zur Veränderung konstitutiver Regeln andeutet. Leider ist das konstruktivistische Forschungsprogramm zu diesem Thema noch unterentwickelt – auch Ruggie selbst behandelt das Thema nur am Rande eines längeren Artikels.

Ganz ähnlich wird Territorialität in der englischen Schule behandelt, wo Buzan (2004) es als Beispiel für eine „primary institution of international society“ darstellt. Dabei unterscheidet er den Institutionenbegriff der englischen Schule von dem der Regimetheorie: Während letztere Regeln und Institutionen als Produkt bewusster politischer (Aus-)Handlung sähen, betone die englische Schule die gegenseitige Konstitution der Institutionen der internationalen Gesellschaft in ihrer Mitglieder. Buzan definiert Primärinstitutionen als haltbare und anerkannte Muster geteilter Praktiken, die in Werten verankert sind, welche von den Mitgliedern der internationalen Gesellschaft geteilt werden, und die eine konstitutive Rolle für die Akteure und die Spielregeln im internationalen System haben. Ein Wandel dieser Primärinstitutionen ist möglich, auch wenn sich dieser meist nur langsam vollzieht, und man den Wandel der Institutionen vom Wandel *innerhalb* einer Institution unterscheiden müsse (Buzan 2004: 181-182). Ähnlich wie Ruggie zu den konstitutiven Regeln im Sozialkonstruktivismus stellt aber auch Buzan fest, dass das Konzept der Primärinstitution in der englischen Schule unzureichend erforscht worden ist. Es gebe eine Unklarheit über Definitionen, über die Möglichkeiten des Wandels, über die Funktionen dieser Institutionen sowie darüber, ob es eine Hierarchie zwischen ihnen gebe (Buzan 2004: 171-172).

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass ein funktionalistisches oder neorealistisches Institutionenkonzept wie es z.B. Simmons vertritt, für ein Verständnis von Territorialität wenig hilfreich ist. Interessanter sind konstruktivistische oder englische Herangehensweisen, die Territorialität als konstitutive Regel oder Primärinstitution konzeptualisieren. Beide Ansätze erfassen die Wirkung von Territorialität sehr gut und eröffnen Möglichkeiten der Veränderung über historische Zeiträume. Gleichzeitig sind beide Ansätze noch theoretisch und konzeptionell zu unterentwickelt, um daraus substantielle Aussagen über den angenommenen Wandel von Territorialität ableiten zu können. Dafür besteht zwar das Potenzial, das aber bislang noch nicht ausgeschöpft werden kann.

4.3 Territorialität als Norm

Zacher hat in mehreren Beiträgen (Zacher 2001, Anstis/Zacher 2010) die Herausbildung einer Norm territorialer Integrität beschrieben. Sie verlangt, dass Staaten keine internationalen Grenzen ohne die Zustimmung aller Parteien verschieben, was insbesondere die dauerhafte Annexion von Territorium verhindern soll (ähnlich Fazal 2007). Diese Norm wird im Einzelfall immer mit Normen wie *uti possidetis*, Selbstbestimmung oder dem Schutz der Menschenrechte abgewogen, aber der Anspruch auf territoriale Integrität ist den anderen zumeist übergeordnet

– auch wenn offen ist, wie sich das Kräfteverhältnis zwischen diesen Normen derzeit entwickelt (Anstis/Zacher 2010: 317-318).

Zachers Norm territorialer Integrität ist spezifischer formuliert als das oben entwickelte Territorialitätsprinzip, wonach politische Herrschaft durch Staaten innerhalb definierter (physischer) Territorien ausgeübt werden soll (siehe 3.). Er deutet jedoch auch die Möglichkeit an, Territorialität in diesem weiteren Sinne ebenfalls als Normengefüge zu konzeptualisieren: „Composed of norms [...] the international territorial order ultimately addresses the question: ,who has the right to govern what land?“ (Anstis/Zacher 2010: 306).

Normen haben zwei Bestandteile: Erstens erkennt man eine Norm an Verhaltensregelmäßigkeiten von Akteuren, aus denen man Erwartungen über künftiges Verhalten ableiten kann. Zweitens gehört eine Überzeugung dazu, dass ein bestimmtes Verhalten angemessen ist. Das impliziert, dass Übertretungen der Norm von Täter gerechtfertigt bzw. von anderen Akteuren kritisiert werden (Hurrell 2002: 143). Björkdahl ergänzt zum zweiten Punkt: „Because norms are held collectively, they are often discussed before a consensus is reached. Frequently, norms prompt justification for action and leave a trail of communication that can be studied“ (Björkdahl 2002: 13). Die Normenforschung unterscheidet, ähnlich wie bei Institutionen, konstitutive von regulativen Normen. Hier wie dort schaffen konstitutive Normen Kategorien von Akteuren, Interessen oder Handlungen (Björkdahl 2002: 16). Aber auch die Normenforschung konzentriert sich stark auf regulative Normen, weswegen Hurrell fordert, dass man mehr Aufwand betreiben müsste, die Logik und Funktionsweise konstitutiver Normen zu verstehen.

Wenn sich Normen ausbreiten und veralltäglichen, werden sie von den Akteuren zunehmend internalisiert. Diese Normen werden institutionalisiert und lenken so die Praktiken und Interaktionen innerhalb der internationalen Gemeinschaft (Björkdahl 2002: 16). Hier gibt es verschiedene Begrifflichkeiten – Björkdahl spricht von „practical norms“, Hurrell von „internalized norms“. Diese Kategorie wäre für Territorialität sehr naheliegend, allerdings ist auch das Denken über internalisierte Regeln sehr auf regulative Normen beschränkt.

Insgesamt hat der Normenbegriff sehr ähnliche Schwächen wie der Institutionenbegriff. Der Normenbegriff hat gegenüber dem der Primärinstitution jedoch den Vorteil, dass er klarer definiert ist, so dass man dessen Relevanz für Territorialität durchdenken kann. Nach den obigen Definitionen gibt es zwei beobachtbare Implikationen einer Norm: Verhaltensregelmäßigkeiten sowie diskursive Verweise auf die Norm bei einer Verletzung. Der erste Faktor ist im Falle der Territorialität deutlich gegeben. Für den zweiten muss man zunächst vor Augen führen, wie eine Territorialitätsnorm verletzt werden könnte. Dies kann einerseits durch *nicht-staatliche territoriale Herrschaft* geschehen, wie z.B. im aktuellen Fall des Islamischen Staats in Irak und Syrien. In derartigen Fällen „unregierter Räume“ ist der Standpunkt der Weltgemeinschaft einhellig, dass dies nicht zu tolerieren sei (Schetter 2010). Andererseits kann die Norm durch *nicht-territoriale staatliche Herrschaft* gebrochen werden. Dies geschieht durch Prozesse der Supranationalisierung oder beim „Pooling“ von Souveränität, was in Debatten um die Demokratiefähigkeit internationaler Organisationen und der Global

Governance auch in der politischen Praxis besprochen wird. Eine andere Möglichkeit stellt die Abkopplung staatlicher Regulierungsräume von ihren territorialen Grenzen dar ("*unbundling*", vgl. Agnew 1998). Hierüber gibt es ebenfalls politische Auseinandersetzungen, z.B. zu extraterritorialen Staatenpflichten oder zur Anwendung US-amerikanischer Gesetze (zur Bankenregulierung, Sanktionen etc.) auf ausländische Unternehmen, die jedoch unterschiedlich stark ausfallen.

Kurz gesagt: Es ist möglich, Territorialität als konstitutive, internalisierte Norm zu formulieren. Wünschenswert wäre dafür, dass die Normenforschung diese beiden Konzepte weiter ausarbeitet. Aus Sicht der Territorialitätsforschung wäre zu klären, in welchen Arenen welche Diskurse über Territorialität geführt werden, und welche Verhaltensregelmäßigkeiten hier maßgeblich sind.

4.4 Territorialität als Praxis

Nicht zuletzt kann Territorialität auch im Sinne ihrer Praktiken verstanden werden. So behauptet Brighenti: „(T)erritory is better conceived as an act or practice rather than object or physical space“ (Brighenti 2010: 53). Ihn interessiert, wie Territorium durch Akteurshandeln und Technologien produziert wird. Daher konzentriert er sich auf die Fragen, a) wie Grenzen gezogen werden, durch welche Akteure, mit welchen Mitteln und wie diese Grenzen repräsentiert werden, b) wie sich Territorium entwickelt, und c) welche Effekte Territorium produziert.

Damit deutet Brighenti eine ansonsten kaum erforschte, aber sehr interessante Möglichkeit an. Eine praxistheoretische Betrachtungsweise stellt die soziale Organisation wiederholter Handlungen in den Vordergrund. Damit erhellt sie den bislang kaum erforschten Kernpunkt der *critical geopolitics*, die von der gegenseitigen Konstitution von Räumen und Handlungen ausgehen (siehe 2.). Mit einem Fokus auf Praktiken kann man der Frage nachgehen, wie Räume durch Praktiken geschaffen werden und wie sie wiederum künftige Praktiken beeinflussen.

Dabei folge ich dem Ansatz von Adler und Pouliot, die eine Praxis wie folgt definieren: „(P)ractices are socially meaningful patterns of action, which, in being performed more or less competently, simultaneously embody, act out, and possibly reify background knowledge and discourse in and on the material world“ (Adler/Pouliot 2011: 4). Sie erläutern, dass Praktiken fünf Elemente haben: (1) Sie sind performativ, (2) Sie folgen Regelmäßigkeiten, ohne deshalb determinierend zu sein, (3) Praktiken werden in sozialen Beziehungen interpretiert und wiedererkannt, (4) Praktiken beruhen auf einem Hintergrundwissen, das den Handlungen einen Sinn gibt, und (5) Praktiken verbinden Diskurse mit der materiellen Welt, da erst die Diskurse den Taten eine Bedeutung verleihen (Adler/Pouliot 2011: 6-7).

Eine Praxistheorie von Territorialität erfasst das Verhältnis von weitgehend unbewussten Handlungen mit den dahinterstehenden sozialen Bedeutungen und Wissensbeständen. Insofern scheint es den anderen Sichtweisen überlegen, die dem intentionalen Sprechen über

bzw. Aushandeln von Spielregeln und Bedeutungen teils deutlich mehr Bedeutung beimessen, was im Bereich der Territorialität aber eher selten ist. Die Entwicklung einer Praxistheorie würde jedoch viel Grundlagenarbeit benötigen, da bislang nur wenig über „territoriale Praktiken“ in den Internationalen Beziehungen nachgedacht worden ist.⁸ Schlichte argumentiert in eine ähnliche Richtung und kontrastiert die umfangreichen Wissensbestände territorialer Ordnung in Katasterämtern und Grundbüchern mit den Praktiken und Erfahrungen wie Pässen, Grenzkontrollen oder Flucht (Schlichte 2005: 100).

Um einen Katalog territorialer Praktiken aufzubauen, wäre eine tiefere Auseinandersetzung mit der Literatur zur Territorialität notwendig, um die vielfältigen Strategien und Mittel territorialer Kontrolle zu sammeln. Dabei gilt das Diktum von Cox: „Territorial strategies are *always* exercises of power“ (Cox 2002: 8, Hervorhebung im Original). Vollaard (2009), aufbauend auf dem Grundlagenwerk von Sack (1986), identifiziert vier politische Themen von Territorialität, aus denen sich territoriale Praktiken ableiten lassen (s. Tabelle 1).

Tabelle 1: Territoriale Praktiken nach Vollaard (2009)

Thema	Praktiken
<i>Geographical Fixity</i>	Kommunikation territorialer Kontrolle durch Mauern, Grenzbefestigungen, Symbole, Zeichen
<i>Impersonality</i>	Überhöhung und Vergegenständlichung des geographischen Raums durch Kartierung, statistische Erfassung, visuelle Repräsentation in Kunst und Technik (GIS)
<i>Geographical Exclusivity/Inclusion</i>	Regulierung des Grenzübertritts, symbolische oder tatsächliche Verteidigung der Grenze; Integration der Peripherie in den Staat durch Symbole und Infrastruktur des Staates
<i>Centrality</i>	Dominanz des politischen Zentrums durch Überwachung und Kontrolle innerhalb des Territoriums; Symbolisierung durch Hauptstadt

5. Fazit

Territorialität ist nicht leicht im Vokabular der IB-Theorie einzuordnen. Territorialität ist charakterisiert durch seine Alltäglichkeit, die habituelle Orientierung vieler Akteure an seiner Logik und das weitgehende Fehlen aktiver Diskussionen. Regime und, wenn auch in geringerem Maße, Institutionen beruhen auf formellen, zwischenstaatlichen Übereinkünften, insofern passen diese Kategorien nur schlecht zu Territorialität. Ein Institutionenbegriff, der sich an

⁸ Dieser Begriff taucht in anderen Disziplinen wie den Urban Studies oder der Humangeographie auf, beschreibt dort aber i.d.R. eher kleinräumiges Verhalten von Einzelpersonen oder Gruppen in Relation zu ihrer Umwelt. Für die IB läge der Schwerpunkt eher auf der Frage, durch welche Akte Staaten Kontrolle über Territorien etablieren und ausüben.

konstruktivistischen Theorien oder der Englischen Schule orientiert, hätte größeres Potenzial, dafür geben aber bestehende Konzepte noch nicht genug her.

Ertragreicher ist eine Einordnung als Norm und/oder Praxis. Territorialität lässt sich produktiv als internalisierte, konstitutive Norm denken, allerdings sind auch diese beiden Begriffe bislang theoretisch unzureichend spezifiziert. Im Unterschied zu Regimen und Institutionen, bei denen eine aktive diskursive Auseinandersetzung mit dem Gegenstand gefordert ist, verlangen Normen lediglich einen Rechtfertigungsdiskurs bei *Brüchen* einer Norm. Akteure scheinen bei der Verletzung von Territorialitätsnormen genau diese Rechtfertigungen zu äußern; hier wäre jedoch eine systematischere Untersuchung notwendig, um diesen Verdacht weiter zu erhärten.

Territoriale Praktiken stellen vielleicht den vielversprechendsten Ansatz dar. Eine Praxistheorie entspricht den Aspekten des Territorialitätsprinzips – alltägliches Befolgen, ein tiefer Hintergrund von Regeln und Bedeutungen, aber weitgehend ohne Reflexion oder Diskussion – sehr genau. Die Einschlägigkeit wird auch dadurch verdeutlicht, dass Adler und Pouliot (2011: 4) die Demarkation einer Grenzlinie als allererstes Beispiel einer internationalen Praxis anführen. Eine Praxistheorie der Territorialität würde allerdings theoretischer Grundlagenarbeit bedürfen, da zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Systematik besteht, in welchen Praktiken sich Territorialität äußert. Eine interdisziplinäre Strategie, die sich mit der Humangeographie und der Anthropologie des Staates befasst, wäre hier erfolversprechend.

Wenn man es mit ontologischen Fragen nicht zu genau nimmt, ist es durchaus möglich, Territorialität gleichzeitig in mehreren Formen zu betrachten, d.h. sowohl als internalisierte Norm sowie als korrespondierende Praxis. Die Norm stellt dabei den sozialen Kontext dar, durch den die Praxis ihre Sinn erhält, während die Praxis u.a. die Bedingung der Handlungsregelmäßigkeit erfüllt, welche Teil des Normbegriffs darstellt.

Eine Einordnung von Territorialität als Norm oder Praxis ermöglicht auch eine differenzierte Perspektive auf Thesen des Wandels, auch wenn dies in diesem Papier nur andeutungsweise erfolgen kann. Die *Entterritorialisierungsthese* würden beide Ansätze kritisch bewerten. Aus normativer Sicht gibt es keine Anzeichen, dass sich Normen und Regeln des internationalen Systems fundamental ändern. Auch die Praktiken verändern sich nur langsam. Hier zeigt sich eher ein Nebeneinander neuer und alter Formen globaler Interaktion als eine Wachablösung.

Die *Abkopplungsthese* schneidet besser ab, wenn sie vom „unbundling“ von Souveränität und Territorialität spricht. Tatsächlich nimmt die Kongruenz von territorialen Grenzen und Regulierungsräumen ab. Auch das Nebeneinander alter und neuer territorialer Praktiken passt zu dieser These, wie es z.B. die Loslösung der Grenzkontrolle vom physischen Grenzraum verdeutlicht (Laube 2010). Auch die Aufteilung von *terra nullius* in staatliche Verantwortungsbereiche z.B. zur Seenotrettung (Aalberts/Gammeltoft-Hansen 2014) ist ein Beispiel, wie sich „Quasi-Souveränität“ jenseits territorialer Grenzen etabliert. Dennoch überzeichnet die Abkopplungsthese das Ausmaß dieser Entwicklung – der Territorialstaat ist keineswegs in Gefahr, nur noch das überkommene Anhängsel eines dezentrierten Souveräns zu

sein. Indem das internationale Staatensystem transnationale Probleme „territorialisiert“ und damit bearbeitbar macht, demonstriert es Kreativität und Anpassungsfähigkeit.

Die *Ausdifferenzierungsthese* geht von der Ungleichzeitigkeit und Heterogenität der Wandlungsprozesse aus. Dies ist höchstwahrscheinlich richtig, aber in erster Linie eine empirische Frage, über die sich kaum theoretisieren lässt (Albert/Brock 1995, Albert/Brock 2001). Gleichwohl offerieren Norm- und Praxistheorien hier gute Möglichkeiten, um die Vielgestaltigkeit von Territorialität zu erfassen: Werden Regelverletzungen von allen Akteuren in gleicher Weise gerechtfertigt? Gibt es Unterschiede in Praktiken und den dahinterstehenden Sinnzusammenhängen? Ist z.B. die gleichzeitige Abschottung der EU-Außengrenzen und der weitgehende Abbau der Binnengrenzen Zeichen einer Identitäts- oder Schicksalsgemeinschaft Europa? Spiegelt sich die Verbesserung der indisch-pakistanischen Beziehungen in den ostentativen, passiv-aggressiven Zeremonien des Wachwechsels an der pakistanisch-indischen Grenze wider (Khaleeli 2010)?

Auch die *Kontinuitätsthese* hat in einigen Aspekten recht, da gerade die normativen Aspekte von Territorialität nahezu unverändert bleiben. Der Wandel ist stärker in den Praktiken zu finden, die die neue „world of flows“ ausmachen, während sich Territorialitätsnormen weitgehend unverändert reproduzieren. Außerhalb der OECD-Welt ist der klassische Territorialstaat auch ein noch stärkeres Ideal als innerhalb; die Diskussion um seinen Wandel wird hier mit viel weniger Schärfe geführt.

Literaturverzeichnis

- Aalberts, Tanja E./Gammeltoft-Hansen, Thomas (2014): Sovereignty at sea: the law and politics of saving lives in mare liberum. In: Journal of International Relations and Development 17(4): 439-468.
- Adler, Emanuel/Pouliot, Vincent (2011): International practices. In: International Theory 3(1): 1-36.
- Agnew, John (1994): The Territorial Trap: The Geographical Assumptions of International Relations Theory. In: Review of International Political Economy 1(1): 53-80.
- Agnew, John (1998): Geopolitics: Re-visioning World Politics. London, Routledge.
- Agnew, John (2001): Reinventing Geopolitics: Geographies of Modern Statehood. Hettner-Lecture 2000. Heidelberg, Department of Geography, University of Heidelberg.
- Agnew, John (2005): Sovereignty Regimes: Territoriality and State Authority in Contemporary World Politics. In: Annals of the Association of American Geographers 95(2): 437-461.
- Agnew, John/Corbridge, Stuart (1995): Mastering Space: Hegemony, Territory and International Political Economy. London, Routledge.
- Albert, Mathias (2003): Entgrenzung und internationale Beziehungen: Der doppelte Strukturwandel eines Gegenstandes und seines Faches. In: Hellmann, G./Wolf, K. D./Zürn, M. (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen: Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden, Nomos: 555-576.

- Albert, Mathias/Brock, Lothar (1995): *Debordering the World of States: New Spaces of International Relations*. Darmstadt, Frankfurt, World Society Research Group (Working Paper: 2).
- Albert, Mathias/Brock, Lothar (2001): *What Keeps Westphalia Together? Normative Differentiation in the Modern System of States*. In: Albert, M./Jacobson, D./Lapid, Y. (Hrsg.): *Identities, Borders, Orders: Rethinking International Relations*. Minneapolis, University of Minnesota Press: 29-49.
- Anderson, James/O'Dowd, Liam (1999): *Borders, Border Regions and Territoriality: Contradictory Meanings, Changing Significance*. In: *Regional Studies* 33(7): 593-604.
- Anderson, Malcolm (1996): *Frontiers: Territory and State Formation in the Modern World*. Cambridge, Polity Press.
- Anstis, Sebastian C./Zacher, Mark W. (2010): *The Normative Bases of the Global Territorial Order*. In: *Diplomacy & Statecraft* 21(2): 306-323.
- Barkin, J. Samuel/Cronin, Bruce (1994): *The State and the Nation: Changing Norms and the Rules of Sovereignty in International Relations*. In: *International Organization* 48(1): 107-130.
- Barnett, Michael (2001): *Authority, Intervention, and the Outer Limits of International Relations Theory*. In: Latham, R./Kassimir, R./Callaghy, T. M. (Hrsg.): *Intervention and Transnationalism in Africa: Global-Local Networks of Power*. Cambridge, Cambridge University Press: 47-65.
- Bartelson, Jens (1995): *A Genealogy of Sovereignty*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Beebe, Barton (1999): *Law's Empire and the Final Frontier: Legalizing the Future in the Early Corpus Juris Spatialis*. In: *The Yale Law Journal* 108(7): 1737-1773.
- Behr, Hartmut (2002): *Transnationale Politik und die Frage der Territorialität*. In: Schmitt, K. (Hrsg.): *Politik und Raum*. Baden-Baden, Nomos: 59-78.
- Benecke, Gudrun/Branovic, Zeljko/Draude, Anke (2008): *Governance und Raum*. Berlin, DFG-Sonderforschungsbereich 700 (SFB-Governance Working Paper: 13).
- Björkdahl, Annika (2002): *Norms in International Relations: Some Conceptual and Methodological Reflections*. In: *Cambridge Review of International Affairs* 15(1): 9-23.
- Blacksell, Mark (2006): *Political Geography*. London, Routledge.
- Bourdieu, Pierre (1989): *Social Space and Symbolic Power*. In: *Sociological Theory* 7(1): 14-25.
- Brighenti, Andrea M. (2010): *On Territorology: Towards a General Science of Territory*. In: *Theory, Culture and Society* 27(1): 52-72.
- Buzan, Barry (2004): *From International to World Society? English School Theory and Social Structure of Globalisation*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Caporaso, James A. (2000): *Changes in the Westphalian Order: Territory, Public Authority, and Sovereignty*. In: *International Studies Review* 2(2): 1-28.
- Cox, Kevin R. (2002): *Political Geography: Territory, State, and Society*. Oxford, Blackwell.
- Dicke, Klaus (2002): *Raumbezogene Leitbilder in der politischen Ideengeschichte*. In: Schmitt, K. (Hrsg.): *Politik und Raum*. Baden-Baden, Nomos: 11-27.
- Dittgen, Herbert (2009): *Globalisierung und die Grenzen des Nationalstaats*. In: Kessler, J./Steiner, C. (Hrsg.): *Facetten der Globalisierung: Zwischen Ökonomie, Politik und Kultur*. Wiesbaden, VS: 160-171.

- Elden, Stuart (2005): Missing the Point: Globalization, Deterritorialization and the Space of the World. In: Transactions of the Institute of British Geographers 30(1): 8-19.
- Elden, Stuart (2010): Thinking Territory Historically. In: Geopolitics 15(4): 757-761.
- Elkins, David J. (1995): Beyond Sovereignty: Territory and Political Economy in the Twenty-First Century. Toronto, University of Toronto Press.
- Engel, Ulf/Nugent, Paul (2010): Introduction: The Spatial Turn in African Studies. In: Engel, U./Nugent, P. (Hrsg.): Respacing Africa. Leiden, Brill: 1-9.
- Fazal, Tanisha M. (2007): State Death: The Politics and Geography of Conquest, Occupation and Annexation. Princeton, Princeton University Press.
- Ferguson, Yale H./Jones, R.J. Barry (2002): Political Space and Global Politics. In: Ferguson, Y. H./Jones, R. J. B. (Hrsg.): Political Space: Frontiers of Change and Governance in a Globalizing World. Albany, State University of New York Press: 1-20.
- Ferguson, Yale H./Jones, R.J. Barry (Hrsg.) (2002): Political Space: Frontiers of Change and Governance in a Globalizing World. Albany, State University of New York Press.
- Giddens, Anthony (1985): A Contemporary Critique of Historical Materialism, Vol. 2: The Nation-State and Violence. Cambridge, Polity Press.
- Gottmann, Jean (1973): The Significance of Territory. Charlottesville, University Press of Virginia.
- Habermas, Jürgen (1998): Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie. In: Habermas, J. (Hrsg.): Die postnationale Konstellation: Politische Essays. Frankfurt, Suhrkamp: 91-169.
- Hein, Wolfgang/Mutter, Theo (2011): Die Kontrolle nicht-beherrschter Räume: Widersprüche neoliberaler Globalisierung und die Rolle der Entwicklungspolitik. In: Peripherie 31(122-123): 318-345.
- Helleiner, Eric (1999): Sovereignty, Territoriality and the Globalization of Finance. In: Smith, D. A./Solinger, D. J./Topik, S. C. (Hrsg.): States and Sovereignty in the Global Economy. London, Routledge: 138-157.
- Herz, John H. (1957): Rise and Demise of The Territorial State. In: World Politics 9(4): 473-493.
- Herz, John H. (1968): The Territorial State Revisited: Reflections on the Future of the Nation-State. In: Polity 1(1): 11-34.
- Hurrell, Andrew (2002): Norms and Ethics in International Relations. In: Carlsnaes, W./Risse, T./Simmons, B. (Hrsg.): Handbook of International Relations. London, Sage: 137-154.
- Jackson, Robert H. (1990): Quasi-States: Sovereignty, International Relations and the Third World. Cambridge, Cambridge University Press.
- Jacobson, David (1997): New Frontiers: Territory, Social Spaces, and the State. In: Sociological Forum 12(1): 121-133.
- Kahler, Miles (2006): Territoriality and Conflict in an Era of Globalization. In: Kahler, M./Walter, B. F. (Hrsg.): Territoriality and Conflict in an Era of Globalization. Cambridge, Cambridge University Press: 1-21.
- Keating, Michael (2008): Thirty Years of Territorial Politics. In: West European Politics 31(1-2): 60-81.
- Kessler, Johannes (2009): Der Mythos vom globalen Dorf: Zur räumlichen Differenzierung des Globalisierungsniveaus. In: Kessler, J./Steiner, C. (Hrsg.): Facetten der Globalisierung: Zwischen Ökonomie, Politik und Kultur. Wiesbaden, VS: 28-79.

- Khaleeli, Homa (2010): Goodbye to the Ceremony of Silly Walks Between India and Pakistan. Guardian. London.
- Krasner, Stephen D. (1993): Westphalia and All That. In: Goldstein, J./Keohane, R. O. (Hrsg.): Ideas and Foreign Policy. Ithaca, Cornell University Press: 235-264.
- Krasner, Stephen D. (1999): Globalization and Sovereignty. In: Smith, D. A./Solinger, D. J./Topik, S. C. (Hrsg.): States and Sovereignty in the Global Economy. London, Routledge: 34-52.
- Kratochwil, Friedrich (1986): Of Systems, Boundaries, and Territoriality: An Inquiry into the Formation of the State System. In: World Politics 39(1): 27-52.
- Laube, Lena (2010): Wohin mit der Grenze? Die räumliche Flexibilisierung von Grenzkontrolle in vergleichender Perspektive. Bremen, CRC 597 - Transformations of the State (TranState Working Paper: 112/2010).
- Lövbrand, Eva/Strippel, Johannes (2006): The Climate as Political Space: On the Territorialisation of the Global Carbon Cycle. In: Review of International Studies 32(2): 217-235.
- Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt, Suhrkamp.
- Luutz, Wolfgang (2007): Vom "Containerraum" zur "entgrenzten Welt": Raumbilder als sozialwissenschaftliche Leitbilder. In: Social Geography 2(1): 29-45.
- Mann, Michael (1997): Has Globalization Ended the Rise and Rise of the State? In: Review of International Political Economy 4(3): 472-496.
- Messner, Dirk (1998): Die Transformation von Staat und Politik im Globalisierungsprozess. In: Messner, D. (Hrsg.): Die Zukunft des Staates und der Politik: Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft. Bonn, Dietz: 14-43.
- Neocleous, Mark (2003): Imagining the State. Maidenhead, Open University Press.
- Newman, David (2003): Boundaries. In: Agnew, J./Mitchell, K./Ó Tuathail, G. (Hrsg.): A Companion to Political Geography. Malden, Blackwell: 123-137.
- Newman, David (2006): The lines that continue to separate us: borders in our 'borderless' world. In: Progress in Human Geography 30(2): 143-161.
- Newman, David (2010): Territory, Compartments and Borders: Avoiding the Trap of the Territorial Trap. In: Geopolitics 15(4): 773-778.
- Newman, David/Paasi, Anssi (1998): Fences and Neighbours in the Postmodern World: Boundary Narratives in Political Geography. In: Progress in Human Geography 22(2): 186-207.
- Ó Tuathail, Gearóid (1996): Critical Geopolitics: The Politics of Writing Global Space. Minneapolis, University of Minnesota Press.
- Ó Tuathail, Gearóid (1999): Borderless worlds? Problematising discourses of deterritorialisation. In: Geopolitics 4(2): 139-154.
- Osiander, Andreas (2001): Sovereignty, International Relations, and the Westphalian Myth. In: International Organization 55(02): 251-287.
- Oßenbrügge, Jürgen (2004): Transstaatliche, plurilokale und glokale soziale Räume – Grundbegriffe zur Untersuchung transnationaler Beziehungen und Praktiken. In: Oßenbrügge, J./Reh, M. (Hrsg.): Social Spaces of African Societies: Applications and Critique of Concepts About "Transnational Social Spaces". Münster, Lit: 15-34.
- Paasi, Anssi (2003): Territory. In: Agnew, J./Mitchell, K./Ó Tuathail, G. (Hrsg.): A Companion to Political Geography. Malden, Blackwell: 109-122.

- Pauly, Louis W./Grande, Edgar (2005): Reconstituting Political Authority: Sovereignty, Effectiveness, and Legitimacy in a Transnational Order. In: Grande, E./Pauly, L. W. (Hrsg.): Complex Sovereignty: Reconstituting Political Authority in the Twenty-first century. Toronto, University of Toronto Press: 3-21.
- Pries, Ludger (2001): The Approach of Transnational Social Spaces: Responding to New Configurations of the Social and the Spatial. In: Pries, L. (Hrsg.): New Transnational Social Spaces: International Migration and Transnational Companies in the Early Twenty-First Century. London, New York, Routledge: 3-33.
- Reid-Henry, Simon (2010): The Territorial Trap Fifteen Years On. In: *Geopolitics* 15(4): 752-756.
- Ruggie, John Gerard (1993): Territoriality and Beyond: Problematizing Modernity in International Relations. In: *International Organization* 47(1): 139-174.
- Ruggie, John Gerard (1998): What Makes the World Hang Together? Neo-utilitarianism and the Social Constructivist Challenge. In: *International Organization* 52(4): 855-885.
- Sack, Robert D. (1986): Human Territoriality: Its theory and history. Cambridge, Cambridge University Press.
- Sassen, Saskia (1995): Losing Control? Sovereignty in an Age of Globalization. New York, Columbia University Press.
- Schetter, Conrad (2010): Ungoverned Territories - eine konzeptionelle Innovation im "War on Terror". In: *Geographica Helvetica: Schweizerische Zeitschrift für Geographie* 65(3): 181-188.
- Schimmelfennig, Frank (2008): Internationale Politik. Paderborn, Schöningh.
- Schirm, Stefan A. (2001): Wie Globalisierung nationale Regierungen stärkt: Zur politischen Ökonomie staatlicher Antworten auf Globalisierung. In: Landfried, C. (Hrsg.): Politik in einer entgrenzten Welt. 21. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Köln, Verlag Wissenschaft und Politik: 133-150.
- Schlichte, Klaus (2005): Der Staat in der Weltgesellschaft: Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika. Frankfurt, Campus.
- Shah, Nisha (2012): The Territorial Trap of the Territorial Trap: Global Transformation and the Problem of the State's Two Territories. In: *International Political Sociology* 6(1): 57-76.
- Simmons, Beth A. (2006): Trade and Territorial Conflict in Latin America: International Borders as Institutions. In: Kahler, M./Walter, B. F. (Hrsg.): Territoriality and Conflict in an Era of Globalization. Cambridge, Cambridge University Press: 251-287.
- Simmons, Beth/Martin, Lisa L. (2002): International Organizations and Institutions. In: Carlsnaes, W./Risse, T./Simmons, B. (Hrsg.): Handbook of International Relations. London, Sage: 192-211.
- Sørensen, Georg (2001): Changes in Statehood: The Transformation of International Relations. Houndmills, Palgrave.
- Spruyt, Hendrik (2002): The Origins, Development, and Possible Decline of the Modern State. In: *Annual Review of Political Science* 5: 127-149.
- Strange, Susan (1996): The Retreat of the State: The Diffusion of Power in the World Economy. Cambridge, Cambridge University Press.
- Taylor, Peter J. (1995): Beyond Containers: Internationality, Interstateness, Interterritoriality. In: *Progress in Human Geography* 19(1): 1-15.

- Teschke, Benno (2006): Debating 'The Myth of 1648': State Formation, the Interstate System and the Emergence of Capitalism in Europe - A Rejoinder. In: *International Politics* 43(5): 531-573.
- van Creveld, Martin (1999): *Aufstieg und Untergang des Staates*. München, Gerling.
- Vaughan-Williams, Nick (2009): *Border Politics: The Limits of Sovereign Power*. Edinburgh, Edinburgh University Press.
- Vollaard, Hans (2009): The Logic of Political Territoriality. In: *Geopolitics* 14(4): 687-706.
- Walters, William (2006): Rethinking Borders Beyond the State. In: *Comparative European Politics* 4: 141-159.
- Warf, Barney/Arias, Santa (2009): Introduction: The Reinsertion of Space in the Humanities and Social Sciences. In: Warf, B./Arias, S. (Hrsg.): *The Spatial Turn: Interdisciplinary Perspectives*. Abingdon, Routledge: 1-10.
- Yeung, Henry Wai-chung (1998): Capital, State and Space: Contesting the Borderless World. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 23(3): 291-309.
- Zacher, Mark W. (2001): The Territorial Integrity Norm: International Boundaries and the Use of Force. In: *International Organization* 55(2): 215-250.
- Zangl, Bernhard (2003): Regimetheorie. In: Schieder, S./Spindler, M. (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen: Eine Einführung*. Opladen, Leske+Budrich: 117-140.
- Zürn, Michael/Leibfried, Stephan (2005): Reconfiguring the National Constellation. In: Leibfried, S./Zürn, M. (Hrsg.): *Transformations of the State?* Cambridge, Cambridge University Press: 1-35.